

Beharrlicher Beistand für Häftlinge

Trotz der Corona-Ausnahmesituation kümmert sich die Würmtaler Amnesty-Gruppe weiterhin um mehrere Fälle. So um zwei zum Tode verurteilte Weißrussen sowie den ukrainischen Menschenrechtsaktivisten Emir-Usein Kuku.

Würmtal – Rund zehn bis 15 ehrenamtliche Helfer engagieren sich regelmäßig in der Würmtaler Amnesty-Gruppe. Einer der Fälle, mit denen die Würmtaler derzeit befasst sind, ist der Krimtatar Emir-Usein Kuku.

Nachdem die ukrainische Halbinsel Krim 2014 von Russland besetzt wurde, schloss sich Kuku einer Menschenrechtsorganisation an und dokumentierte die Menschenrechtsverletzungen, die im Zuge der russischen Besetzung auf der Krim begangen wurden vor allem, wenn Krimtataren plötzlich verschwanden. Auch bot Kuku seinen Landsleuten rechtliche Unterstützung an.



Würmtaler Aktivisten wie Barbara Schulz und ihr Sohn Simon (2. und 3. v.li.) beteiligten sich am Wochenende an der Mahnwache an der Isar nahe der Wittelsbacherbrücke. © Amnesty International

Vorwurf der Mitgliedschaft in einer islamistischen Bewegung

Im Februar 2016 nahmen die russischen Besatzer Kuku unter dem Vorwand fest, Mitglied der islamistischen Bewegung „Hizb ut-Tahrir“ zu sein. Dafür gibt es aber ebenso keine Belege wie „es irgendwelche glaubhaften Belege für Straftaten von Kuku gibt“, sagt Hella Horst, langjähriges Mitglied der Würmtaler Amnesty-Gruppe. Stattdessen soll der unliebsame Menschenrechtsaktivist wohl mundtot gemacht werden.



Zwischenzeitlich wieder entlassen, „wurde Kuku nun zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt“, berichtet Horst. Die Würmtaler Amnesty-Gruppe schreibt dem Aktivsten daher regelmäßig. „Wir wollen, dass Kuku weiß, dass er nicht vergessen ist und wir an ihn denken“, sagt Hella Horst.

Die Würmtaler Amnesty-Gruppe trifft sich normalerweise einmal im Monat im Gemeindehaus der Planegger Waldkirche. Coronabedingt finden die Treffen derzeit digital statt, wofür Amnesty International ein Programm zur Verfügung stellt. Auch während des Shutdowns „tauschten wir uns so regelmäßig aus“, sagt Hella Horst. Große Veranstaltungen können die Würmtaler derzeit nicht organisieren. Auch eine Teilnahme bei Events wie dem Gräfelinger und Gautinger Weihnachtsmarkt oder dem Kraillinger Frühlingmarkt ist derzeit nicht möglich, da diese meist nicht stattfinden. „Wir hoffen aber, zum 60. Geburtstag von Amnesty International Ende Mai nächsten Jahres wieder ein Konzert im Würmtal organisieren zu können“, erklärt Hella Horst. Ob die Corona-Situation bis dahin ein Konzert zulässt und wer spielt, ist noch nicht klar.

Zwei Brüder sind zum Tode verurteilt

Neben Emir-Usein Kuku hat die Würmtaler Amnesty-Gruppe unter anderem auch den Fall der beiden Brüder Stanislau und Illia Kostseu im Auge. „Die beiden erst 19 und 21 Jahre alten Brüder wurden wegen dem Mord an ihrer Lehrerin verurteilt. Weißrussland ist das letzte Land in Europa, das weiterhin die Todesstrafe vollstreckt“, berichtet Hella Horst. Amnesty lehnt die Todesstrafe generell ab. Die Würmtaler Ehrenamtlichen schreiben Briefe an weißrussische Behörden, um die Hinrichtung der beiden Männer vielleicht doch noch abzuwenden.

Auch mit der bekannten türkischen Menschenrechtsanwältin Eren Keskin befassen sich die Würmtaler. „Keskin droht eine Verurteilung von bis zu 15 Jahren Haft wegen des absurden Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“, erzählt Hella Horst. Keskin setzt sich seit Jahrzehnten etwa für weibliche Opfer sexueller Gewalt sowie Angehörige von Minderheiten ein. Von 2013 bis Anfang 2016 war Keskin symbolisch Chefredakteurin einer prokurdischen Zeitung. Obwohl sie diese Funktion nie praktisch ausgeübt hat, haben die Behörden gegen sie zahlreiche Gerichtsverfahren wegen dortiger Artikel eingeleitet. „Zwei Mitglieder unserer Gruppe haben daher kürzlich an einer Mahnwache gegenüber dem türkischen Konsulat in München teilgenommen“, erzählt Hella Horst. Die Würmtaler beteiligen sich zudem an einer Online-Petition von Amnesty.

Mahnwache an der Isar

Am vergangenen Wochenende nahmen einige Würmtaler Aktivisten an einer Mahnwache an der Isar nordöstlich der Wittelsbacherbrücke teil. Die Mahnwache sollte darauf hinweisen, dass es Pflicht ist, jemanden zu retten, der in der Isar zu ertrinken droht. Menschen, die sich in Seenot befindende Flüchtlinge im Mittelmeer retten, aber hohe Geldstrafen fürchten müssen. „Wir wollten mit der Beteiligung an der Mahnwache auf dieses wichtige Thema hinweisen“, sagt Hella Horst.

Peter Seybold, Münchener Merkur, 30.09.2020

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

